

Dani Rodrik wendet sich nicht gegen einen deutschen Finanzminister Christian Lindner, wie es Wirtschafts-nobelpreisträger Joseph Stiglitz gerade getan hat. Die Kritik des 64-jährigen Harvard-Ökonomen an den ordoliberalen Vorstellungen deutscher Finanzpolitik ist fundamentaler: Rodrik spricht sich für einen Paradigmenwechsel in der Globalisierungskritiker für eine Politik, die sich stärker an Wachstum und Beschäftigung orientiert. Hyperglobalisierung und Marktfundamentalismus könnten die aktuellen Probleme nicht lösen. Für Europa fordert er flexiblere Schuldenregeln und warnt vor voreiligen Zinserhöhungen.

Herr Rodrik, die wirtschaftspolitische Debatte hat sich in den vergangenen Jahren grundlegend verändert. Einige Ökonomen sprechen gar von einem Paradigmenwechsel mit einer völlig neuen Sicht auf Freihandel, Industriepolitik, Inflation und Schulden. Wo sehen Sie die größten Veränderungen?
Das Narrativ hat sich verändert. Wir reden heute über den Handel ganz anders als früher. Das gilt insbesondere für die USA, wo Präsident Biden sehr deutlich gemacht hat, dass er die Handelspolitik vor allem als Teil seiner Politik für die amerikanische Mittelklasse betrachtet.

Was sind die Säulen des neuen wirtschaftspolitischen Paradigmas?
Der Vorrang nationaler Interessen gegenüber der Weltwirtschaft. Die Betonung von Arbeitnehmerinteressen gegenüber den Interessen von Unternehmen und Kapitaleignern. Mehr Akzeptanz für wirtschaftlich vernünftige Eingriffe des Staates und mehr Skepsis gegenüber der Selbstheilungskraft der Märkte. Und in der Fiskalpolitik die Bereitschaft, im Zweifel höhere Inflationsrisiken in Kauf zu nehmen, um mehr Wachstum und Beschäftigung zu ermöglichen.

Ist das völlig neu oder gab es eine solche nationale Sichtweise auch schon früher?
Das gab es auch schon in den 1980er-Jahren, als auch konservative Politiker wie Ronald Reagan der Überzeugung waren, die Weltwirtschaft habe den nationalen Interessen zu dienen, und mit protektionistischen Maßnahmen heimische Industrien schützten. Die Hyperglobalisierung stellte diesen Grundsatz mit Beginn der 1990er-Jahre auf den Kopf. Selbst eher linke Politiker wie Tony Blair und Bill Clinton sahen die Globalisierung als eine Naturgewalt, an die man sich nur anpassen konnte.

Jetzt schwenkt das Pendel wieder zurück?
Ja, die Sprache in der Wirtschaftspolitik verändert sich rechts wie links. Das sind wichtige Signale, die einen bedeutenden Politik- und vielleicht sogar Paradigmenwechsel anzeigen könnten.

Ist das eine neue wirtschaftspolitische Orthodoxy, die den Anspruch hat, immer und überall das richtige Rezept parat zu haben?
Richtig ist, dass wir eine neue Wirtschaftspolitik brauchen, um die aktuellen Probleme zu lösen. Diese Probleme sind ja entstanden, weil wir drei Jahrzehnte lang die Gebote von Hyperglobalisierung und Marktfundamentalismus befolgt haben. Aber der Politikwechsel zielt darauf, unsere aktuellen Probleme zu lösen. Wir sollten die neue Wirtschaftspolitik nicht als rigide oder gar als eine neue Ideologie sehen.

Auch die Fiskalpolitik verändert sich gerade und Inflations- und Schuldenrisiken werden anders eingeschätzt. Ist das ein Zufall oder sind das alles Bausteine des wirtschaftspolitischen Paradigmas?
Diese Veränderungen müssen zusammen gesehen werden. Ich würde auch die internationale Einigung auf eine Mindeststeuer für Unternehmen dazuzählen. Auf den Arbeitsmärkten wird heute nicht mehr über Deregulierung geredet, sondern über einen besseren Schutz für Arbeitnehmer und eine Stärkung der Gewerkschaften. Die Erhöhung der Mindestlöhne ist ein Beleg dafür. Und auch der globale „teclash“ gehört zum neuen Paradigma, also die weltweiten Bestrebungen, die großen Technologiekonzerne stärker zu regulieren.



Vita

Der Ökonom Der 1957 in der Türkei geborene Rodrik ist seit 2015 Professor of International Political Economy an der John F. Kennedy School of Government der Harvard University. Zuvor lehrte er an der Princeton University. Zu seinen bekanntesten Büchern zählt das 2017 erschienene Werk „Straight Talk on Trade: Ideas for a Sane World Economy“.

Der Globalisierungskritiker Der Wirtschaftswissenschaftler wendet sich gegen eine „Hyperglobalisierung“, die zu sozialer Spaltung, politischem Extremismus und wirtschaftlichen Krisen führen könne.

Dani Rodrik

„Wir brauchen eine neue Wirtschaftspolitik“

Die Pandemie verändert die wirtschaftspolitische Debatte. Vom Freihandel bis zur Inflationsbekämpfung werden Tabus infrage gestellt. Der Ökonom fordert einen Paradigmenwechsel.

regulieren. All das muss man in einem gemeinsamen Kontext sehen.

Die USA spielen in der Wirtschaftspolitik eine Vorreiterrolle, und auch in Europa deutet sich ein Kurswechsel zum Beispiel in der Fiskalpolitik an. Im Zentrum stehen dabei im Moment die Verschuldungsregeln. Welche Regeln brauchen wir, um eine exzessive Staatsverschuldung zu verhindern?

Mit der Ausnahme konservativer deutscher Ökonomen hat sich die Debatte über fiskalpolitische Regeln in Europa stark verändert. Der Konsens ist heute, dass die fiskalpolitische Zwangsjacke des Maastricht-Vertrags nicht mehr hilfreich ist. Wir brauchen viel mehr Flexibilität. In den USA wird inzwischen sogar darüber nachgedacht, ob eine expansive Fiskalpolitik nicht auch ein Motor für Innovationen und Produktivitätsfortschritte sein kann.

Das müssen Sie uns erklären.
Statt des klassischen „Crowding-out Effect“ privater Investitionen, den man einer staatlichen Fiskalpolitik vorwirft, gibt es Hinweise auf ein „Crowding-in“, also auf Anreize zusätzlicher privater Investitionen durch eine expansive Nachfragepolitik des Staates. Das könnte dann Kapazitäten, Produktivität und Wachstum erhöhen, ohne die Inflation anzuhäufen.

Was kann Europa sonst noch von Amerika lernen?
Europa hat es deutlich schwerer: Die Euro-Zone bleibt eine Währungsunion ohne wirtschaftspoli-



Mit der Ausnahme konservativer deutscher Ökonomen hat sich die Debatte über fiskalpolitische Regeln in Europa stark verändert.

tische Souveränität und steckt deshalb in einer Zwickmühle, die ich als Trilemma beschrieben habe: Ich kann mir nicht vorstellen, wie man einerseits die fiskalpolitische Flexibilität sichern kann, die viele europäische Länder brauchen, und gleichzeitig die Währungsunion aufrechterhalten. Umgekehrt scheint kein Land bereit zu sein, seine Souveränität für die Währungsunion zu opfern. Das bleibt ein fundamentaler Widerspruch, der nur durch eine politische Union mit einer demokratischen Legitimation aufgelöst werden kann.

Parallelen zwischen den USA und Europa gibt es auch in der Geldpolitik. Die Inflationsgefahr wächst. Wie sollen EZB und Fed reagieren?

Wir haben bislang noch keinen guten Überblick, ob es sich um temporäre oder permanente Preissteigerungen handelt. Ein Anstieg der Inflationsrate um ein paar Prozentpunkte ist dann kein großes Problem, wenn er nur vorübergehend ist. Die Lieferengpässe und die Anpassung der Weltwirtschaft nach der Pandemie führen zu Preissteigerungen in einer Welt, in der die Nominalpreise nur selten fallen. Diese Reisspielräume können sogar die nötigen strukturellen Anpassungen befördern, zum Beispiel indem sie Anreize zu einer Kapazitätsausweitung schaffen.

Die Notenbanken müssen also noch nicht mit Zinserhöhungen gegensteuern?

Wir wissen noch zu wenig über die Inflationsreiber. In der Vergangenheit haben wir oft zu früh auf die Bremse getreten und dadurch hohe Kosten für Wachstum und Beschäftigung verursacht. Zu-

dem haben die Notenbanken die nötigen Instrumente, um einen Inflationsschub mit zweistelligen Raten zu verhindern. Die Lage ist heute anders als in den 1970er- und 1980er-Jahren. Im Moment halte ich die Gefahren eines überstürzten Kurswechsels in der Geldpolitik für größer als die Kosten einer Überhitzung.

Besonders deutlich sichtbar ist der wirtschaftspolitische Kurswechsel in der Handelspolitik. Nationale Interessen spielen eine viel größere Rolle. Setzt US-Präsident Biden die „America First“-Politik von Donald Trump fort?

Biden hat viele Handelsbeschränkungen gegen China beibehalten, die von seinem Vorgänger Trump eingeführt wurden. Für den US-Präsidenten haben die Probleme zu Hause Priorität und der Handel soll dabei helfen, diese Probleme zu lösen.

Ist das ökonomisch eine erfolgreiche, richtige Strategie?

Mit neuen Handelsbarrieren schafft man keine neuen Jobs. Überhaupt werden die Arbeitsplätze in Zukunft nicht mehr aus der Industrie kommen. Selbst in starken Industrieländern wie Deutschland und Südkorea geht die Beschäftigung in Unternehmen aus dem produzierenden Gewerbe zurück. Das kann man mit Industrie- oder Handelspolitik ändern. Stattdessen sollten wir uns darauf konzentrieren, neue Jobs in heimischen Dienstleistungssektoren wie Gesundheit, Bildung, Einzelhandel zu schaffen.

Sie sind also gegen Handelsbeschränkungen gegenüber China?

Es ist völlig in Ordnung, wenn man den Handel mit China aus Gründen der nationalen Sicherheit beschränkt, etwa weil chinesische Anbieter wie Huawei enge Beziehungen zum chinesischen Militär pflegen. Oder weil man sich nicht zum Komplizen von Menschenrechtsverletzungen in der Provinz Xinjiang machen will. Man kann protektionistische Maßnahmen gegen China jedoch nur schwer damit begründen, dass man damit angeblich neue Jobs zu Hause schaffen will.

Warum war die alte liberale Weltwirtschaftsordnung nicht mehr in der Lage, die heutigen Probleme zu lösen?

Zunächst hat die ungezügelte Hyperglobalisierung schwere Schäden auf lokalen Arbeitsmärkten angerichtet, indem sie zu einer De-Industrialisierung und hoher Arbeitslosigkeit geführt hat. Das alles hat dazu beigetragen, dass in diesen Regionen Populisten wie Trump vom rechten Rand so viel Zulauf bekommen haben. Die Linke hat diese Probleme lange übersehen und versucht jetzt, mit einer nationalen Interessen ausgerichteten Handels- und Industriepolitik gegenzusteuern.

Spielte der China-Schock nicht auch eine Rolle?

Ja, China ist der zweite wichtige Grund für den aktuellen Politikwechsel. In den USA ist das außen- und sicherheitspolitische Establishment auf einen harten Kurs gegenüber China eingeschwenkt. Die Handels- und Technologiepolitik wird heute von der strategischen geopolitischen Rivalität mit Peking dominiert und nicht mehr vom Freihandelsgedanken. Die Hoffnung, dass sich China durch den Handel auch politisch wandelt, hat man aufgegeben.

Hat die Pandemie mit ihren Auswirkungen auf die globalen Lieferketten die wirtschaftliche Abkopplung von China noch verstärkt?

Ja, wir haben gemerkt, wie fragil die globalen Wertschöpfungsketten sind und wie stark wir selbst bei medizinischen Produkten von Zulieferungen aus anderen Regionen der Welt abhängen. Das hat dazu geführt, dass wir heute viel mehr Wert auf Resilienz als auf Effizienz legen. Die Pandemie hat die Aufteilung der Weltwirtschaft in drei führende Regionen – USA, Europa und China – noch verstärkt. Lieferketten werden umgeleitet, Produktionsstätten werden in sichere Gebiete zurückverlagert.

Herr Rodrik, vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellte Torsten Riecke.

Griechenland Wie eine Insel grün werden soll

Die griechische Regierung hat ehrgeizige Klimaziele. Ein wegweisendes Pilotprojekt in der südlichen Ägäis zeigt, wie sie umgesetzt werden können.

Klimaschutz hat viele Facetten. Auf der griechischen Insel Chalki kommt er in Gestalt eines kastenförmigen zweiseitigen Gefährts daher. „Police“ steht auf dem Fahrzeug, auf dessen schwarzem Kunststoffdach ein kleines Blaulicht steht. Der uniformierte Beamte schaut zunächst etwas skeptisch, als er probessiten soll. Aber es geht. Dann zeigt sich: Sogar der 1,94 Meter große Kyriakos Mitsotakis findet hinter dem Lenkrad dieses Kleinstwagens Platz.

Der griechische Premier ist an diesem Wochenende nach Chalki gekommen, um ein neues Energie-Zeitalter einzuläuten. Auf der kleinen Dodekanes-Insel, die 50 Fahrminuten entfernt vom Touristen-Hotspot Rhodos liegt, will die griechische Regierung in einem Pilotprojekt demonstrieren, wie ein ganzheitliches, nachhaltiges Energiekonzept aussehen kann.

Das 27 Quadratmeter große Chalki wird damit die erste „GR-eco Insel“. So lautet der Name des Plans, der neben nachhaltiger Energieversorgung auch schnelles Internet umfasst. In Zusammenarbeit mit dem griechischen Ministerium für Energie und Umwelt sind mehrere private Sponsoren mit Spenden von rund 1,5 Millionen Euro an der Umsetzung beteiligt, darunter der Autobauer Citroën, Vinci Energies und der griechische Energieversorger DEL. „Diese Initiative startet hier, und wir werden sie in einer zweiten Phase auf weitere Inseln übertragen, zunächst auf kleinere, dann auf größere und letztlich auf alle“, kündigte Mitsotakis an.

Ziel für klimabewusste Urlauber

Das Fahrzeug vom Typ Citroën Ami wird von einem sechs Kilowatt starken Elektromotor angetrieben. Bei einer Spitzengeschwindigkeit von 30 Stundenkilometern ist der Polizeiwagen zwar nicht für Verfolgungsjagden geeignet, aber die gab es auf Chalki nach Aussage eines örtlichen Polizisten bisher ohnehin nicht. Einen zweiten Ami spendiert der Autobauer Citroën der Hafenpolizei von Chalki. Der Gemeindeverwaltung stellt die französische Leasingfirma ALD Automotive vier weitere, größere Citroën-Fahrzeuge zur Verfügung.

Weitere Elemente des Pilotprojekts sind eine intelligente, energiesparende Straßenbeleuchtung für Chalki und ein elektrisch angetriebenes Ausflugsboot. Die Insel will sich damit als Vorbild für energetisch nachhaltige Tourismusentwicklung und als bevorzugtes Ziel für klimabewusste Urlauber profilieren.

Das Herzstück des Projekts befindet sich in den Bergen im Norden der Inselhauptstadt. Hier haben die französischen Konzerne Akuo Energy und Vinci auf einem Plateau eine Photovoltaikanlage gebaut. Das auf einen Megawatt Leistung ausgelegte Solarkraftwerk versorgt künftig die Haushalte und Gewerbebetriebe der Insel mit Strom. Überschüssige Elektrizität kann über ein Unterseekabel ins Netz der Nachbarinsel Rhodos eingespeist werden. Scheint die Sonne mal nicht, bekommt Chalki Strom von dort.

Die Photovoltaikanlage gehört der „Energy Community“ von Chalki, der alle Inselbewohner beitreten können. Damit kann die Insel im Jahr Stromkosten von bis zu 250.000 Euro sparen, rechnen Fachleute des Energieministeriums vor. Die monatliche Stromrechnung der Haushalte soll sich dadurch um rund 60 Prozent verbilligen, sagte Premier Mitsotakis bei der Eröffnungsveranstaltung.

Vor allem diese Aussicht begeistert viele der Inselbewohner, die sich am Freitagabend in großer Zahl am Hafen versammelten, um die Präsentation zu verfolgen. „Ich bin zwar schon 72“, sagt Charalambos, der seinen Lebensunterhalt mit einem Fischerboot verdient, „aber aufgeschlossen für alles Neue.“



Diese Initiative startet hier, und wir werden sie in einer zweiten Phase auf weitere Inseln übertragen, zunächst auf kleinere, dann auf größere und letztlich auf alle.

Kyriakos Mitsotakis
Griechischer Ministerpräsident

Zu den Sponsoren gehört auch das Mobilfunkunternehmen Vodafone. Es spendierte der Insel ein 5G-Mobilfunknetz und stattete die kleine Schule von Chalki mit Laptops, Tablets und einem 3D-Drucker aus. Profitieren können von 5G-Technologie auch die Patienten des kleinen Gesundheitszentrums, das jetzt in Echtzeit mit einer großen Athener Klinik vernetzt ist. Die Telemedizin ermöglicht viele Diagnosen, für die man bisher in eine Klinik auf die Nachbarinsel Rhodos fahren musste.

Wie viele kleine griechische Inseln leidet Chalki unter der Überalterung. Viele Junge zieht es nach Rhodos oder Athen, weil sie dort bessere Bildungs- und Karrierechancen sehen. Aber jetzt ist so etwas wie Aufbruchstimmung auf der Insel zu spüren. Chalki gehe als „GR-eco Insel“ einer „besseren, gesi-



Chalki: Mit nachhaltiger Energieversorgung und schnellem Internet zur grünen Insel.